



Liebe Steglitzerinnen und Steglitzer,

als direkt gewähltes Mitglied des Abgeordnetenhauses bin ich für Ihre Anliegen zuständig. Unser Kiez liegt mir besonders am Herzen, denn er ist mein Zuhause.

Schloßstraße, Breitenbachplatz, Markelkiez, Bismarckviertel, Blumenkiez, Botanischer Garten und Fichtenberg, das sind Orte, die durch ihre Vielfalt und Lebensqualität überzeugen. Aktuell konzentrieren sich meine Arbeitsschwerpunkte hier in Steglitz auf die Mittelständischen Unternehmen und das Wirtschaftsleben an der Schloßstraße, die Neugestaltung des Breitenbachplatzes und die Lösung der Verkehrssituation Unter den Eichen. Auch der Zustand unserer Brücken ist ein wichtiges Thema.

Im Abgeordnetenhaus befasse ich mich intensiv mit unserem Haushalt, der Gesundheits- und Bildungspolitik sowie kirchenpolitischen Fragen. Den Landshaushalt zukunftsorientiert machen und die überbordenden Ausgaben zu senken, aber auch die Verwaltung zu modernisieren, das sind die Herausforderungen.

Ich freue mich auf einen regen Austausch mit Ihnen. Sie finden mein Wahlkreisbüro am S-Bahnhof Botanischer Garten.

Meine
Dr. Claudia Wein

Dr. Claudia Wein

Ihre Abgeordnete für Steglitz Zentrum – Schloßstraße, Grunewaldstraße, Breitenbachplatz, Bismarckviertel/Lauenburger Platz, Blumenkiez/Asternplatz



Endlich unter Schutz: Berlins Kleingärten, grüne Oasen der Erholung Foto: IMAGO/Westend61

Kleingärten stehen jetzt unter gesetzlichem Schutz

Berlin bekommt ein Schutzgesetz für Kleingärten – Ende jahrelanger Unsicherheit

Berlin zählt rund **70.000 Kleingärten**, davon befinden sich etwa **80 Prozent auf landeseigenem Boden**. Diese Anlagen sind wichtige grüne Oasen und Erholungsorte für die Berlinerinnen und Berliner. In Städten leisten sie einen wichtigen Beitrag zum Arten- und Biotopschutz und zur Qualität des städtischen Mikroklimas.

Trotz dieser Bedeutung sind Kleingartenflächen über Jahrzehnte hinweg vielfach von Verdrängung bedroht gewesen. Um einen verbindlichen Schutzrahmen zu schaffen, hat die CDU-geführte Koalition jetzt ein Schutzgesetz für Kleingärten auf den Weg gebracht. Die Vorgängerregierung aus SPD, Grünen und Linken haben auch darüber ergebnislos gestritten.

80 %
der rund
70.000
Berliner
Kleingärten
liegen auf
landeseige-
nem Boden

Dauerhafte Sicherung

Das Gesetz verpflichtet jetzt das Land Berlin, seine Kleingartenflächen dauerhaft zu sichern. Ein Abbau der Gesamtfläche ist ausgeschlossen. Kommt es in Ausnahmefällen dennoch zu Eingriffen, müssen **gleichwertige Ersatzflächen zeitgleich** zur Verfügung gestellt werden. Zudem sieht das Gesetz Transparenz und Mitbestimmung vor: Entscheidungen über Flächennutzung sollen künftig öffentlich erfolgen und Kleingärtnervereine wie auch das Abgeordnetenhaus einbeziehen.

Erstmaliger Rechtsrahmen

Für die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner Berlins ist der Beschluss ein Grund zur

Freude: Zum ersten Mal gibt es einen verbindlichen Rechtsrahmen, der ihre grünen Oasen langfristig sichern soll. Sie blicken gespannt auf die weitere Entwicklung im Berliner Abgeordnetenhaus, denn nach der Verabschiedung im Senat geht das Gesetz nun in die Beratungen des Parlaments.

Dort freut sich besonders die CDU-Fraktion auf die Beratungen, denn die Fraktion hatte bereits 2014 ähnliche Anträge in das Parlament eingebracht, die damals allerdings mehrheitlich abgelehnt wurden. Jetzt befindet man sich auf der Zielgeraden.

Die gute Botschaft für die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner bleibt: Sie haben mehr Sicherheit. Das Stadtgrün hat Bestand – heute und für kommende Generationen.

OFFENSIVE **8551**

Schulplätze und
neun Schulneubauten werden im laufenden Schuljahr neu geschaffen.

Seite 5



INFO — GRAFIK
Flughafen Berlin Brandenburg
Zahlen und Fakten zum BER, dem drittgrößten Flughafenstandort in Deutschland

Seite 3

Wort gehalten! Freie Termine in Berlins Bürgerämtern

100 zusätzliche Stellen, 20 Springer zur schnellen Unterstützung, neue Bürgerämter

„Hey, auf einmal gibt's noch einen freien Termin. Sogar schon heute“, wundert sich Thomas aus Neukölln. Er kann es kaum glauben, wie sich die Terminlage in Berlins Bürgerämmtern entspannt hat. Für Thomas und viele andere ist das eine echte Überraschung. Sie kommt ausgerechnet zu Beginn der Reisezeit in den Sommerferien, wenn wegen abgelaufener Ausweise und Pässe besonders viel los ist.

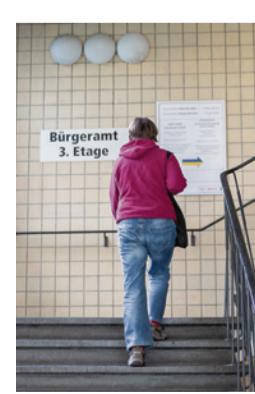
Mehr Mitarbeiter, mehr Online

Tatsächlich hat sich in Berlin in den letzten Monaten einiges getan. So

wurden 100 neue Stellen besetzt, dazu ein Springerpool mit 20 weiteren Kolleginnen und Kollegen zur kurzfristigen Unterstützung geschafft. Und immer mehr Erledigungen gehen online wie zum Beispiel An- und Ummeldungen.

845 Zusatztermine täglich

Inzwischen gibt es in mehr als 80 Prozent der Fälle (81,4 Prozent) freie Termine innerhalb von zwei Wochen. Vor einem Jahr lag dieser Wert noch bei 58 Prozent. Es ist gelungen, berlinweit rund 845 zusätzliche Termi-



Der Weg ins Amt mit freien Terminen
Foto: CDU-Fraktion/
Patrick Liesener

ne pro Tag anzubieten. Verglichen mit dem Vorjahr stieg ihre Zahl von durchschnittlich 6262 auf 7101.

Auch die Zahl der Bürgerämter steigt. Nach dem in Spandau ging am 17. Juli das in der Riesaer Straße in Hellersdorf an den Start mit Kurzzeitparkzonen, Karten- und Barzahlung. Zwei weitere sind in den Bezirken Treptow-Köpenick und Pankow angekündigt.

Ende des rot-grün-roten Terminchaos

Das ist ein weiterer wichtiger Schritt, damit Berlin wieder besser funktioniert. Das freut auch Berlins Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (CDU): „Damit schaffen wir zusätzliche Terminkapazitäten, von denen die Berlinerinnen und Berliner profitieren.“

Noch ist nicht alles geschafft, mit Hochdruck wird weiter an Verbesserungen gearbeitet. Vor allem die Digitalisierung schreitet voran. Schon heute können mehr als 400 Dienstleistungen bequem von zu Hause via Computer erledigt werden.

Auch den Neuköllner Thomas freut's. Sein Ärger aus rot-grün-roten Zeiten gehört damit der Vergangenheit an.

In Belgien ausgeladen, in Berlin gefeiert

Starkes Signal für Toleranz und Freiheit: Der israelische Dirigent Lahav Shani und die Münchner Philharmoniker wurden nach ihrer Ausladung in Belgien eingeladen zu einem Sonderkonzert am Berliner Gendarmenmarkt. Alle 1700 Karten waren blitzschnell ausverkauft, das Konzert wurde angesichts der Umstände als historisch gefeiert.

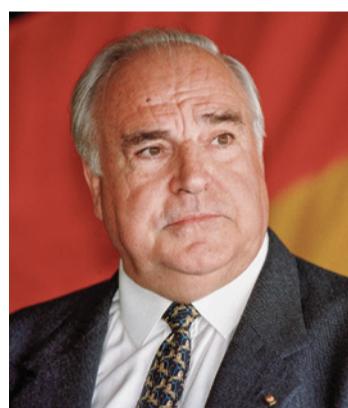


Der israelische Dirigent Lahav Shani

Foto: IMAGO/SEPA.Media

Ehrung für Helmut Kohl

Die Hofjägerallee im Tiergarten soll nach dem Kanzler der Einheit Helmut Kohl umbenannt werden. Diesen Vorschlag machte Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner zum 35. Jahrestag der Wiedervereinigung. Die CDU-Fraktion Berlin hatte sich immer wieder für eine solche Würdigung eingesetzt (klartext berichtete).



Helmut Kohl

Foto: IMAGO/photothek

Mehr Schutz und Sicherheit für Berlin

Mehr Videoschutz, stärkere Polizei, Kampf gegen Clans und gegen häusliche Gewalt



Kriminellen vergeht das Lachen, Berlin wird endlich sicherer. Mit dem neuen Polizeigesetz möchte die CDU geführte Koalition der Berliner Polizei die zeitgemäßen Instrumente zur Verbrechensbekämpfung und -aufklärung an die Hand geben.

Mit mehr Videoschutz, mit einer stärkeren Polizei und entschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung von Terror, organisierter Kriminalität und häuslicher Gewalt.

Sicherheit für alle

Im öffentlichen Nahverkehr wird die Speicherzeit von Videodaten auf 72 Stunden erweitert. An kriminalitätsbelasteten Orten wie dem Alexanderplatz, dem Kottbusser Tor und der Hermannstraße soll der Videoschutz ausge-

baut werden. Notrufe werden künftig nicht nur verpflichtend aufgezeichnet, sondern erstmals mit Standortdaten verknüpft – für schnellere Hilfe und eine präzisere Aufenthaltsermittlung.

Auch die Sicherheit bei Veranstaltungen und in sensiblen Behördenbereichen wird erhöht. Dafür werden weitere Zuverlässigkeitstests bei Behörden mit Sicherheits- und Vollzugsaufgaben, Justizbehörden und Gerichten eingeführt. Die Gefährderansprachen sollen ausgedehnt werden.

Terrorabwehr und Bekämpfung von Organisierten Kriminalität

Neue Möglichkeiten erhält die Polizei auch bei der Bekämpfung von Terror und

Mehr Videoschutz für die Sicherheit der Berliner

Foto: CDU-Fraktion/
Patrick Liesener

Organisierter Kriminalität. Dazu zählen moderne Instrumente wie der Einsatz und die Abwehr von Drohnen, die Quellen-Telekommunikationsüberwachung, Online-Durchsuchungen und der Zugriff auf Bestands-, Verkehrs- und Nutzungsdaten. Auch die Unterbrechung von Täterkommunikation – etwa zur Verhinderung von Anschlägen – wird rechtssicher möglich.

Die biometrische Fahndung soll ebenso wie der Datenabgleich zwischen Behörden und die automatisierte Analyse bislang unverbundener Dateien ermöglicht werden. Maßnahmen wie die elektronische Fußfessel und nutzungsbegrenzende Regelungen an gefährdeten Objekten runden das neue Polizeirecht ab.

Schutz vor häuslicher Gewalt

Weitere Verbesserungen soll es nach dem Willen der Christdemokraten im Berliner Abgeordnetenhaus für die Betroffenen von häuslicher Gewalt geben.

Das Betretungsverbot für Täter wird von 14 auf 28 Tage verlängert. In Hochrisikofällen kann zusätzlich eine elektronische Fußfessel für die Täter angeordnet werden. Gefährdete Personen sollen künftig eine elektronische Sicherheitsmitteilung erhalten, wenn eine konkrete Gefährdung vorliegt.

Zudem wird der Opferschutz verbessert und ermöglicht, dass neue Identitäts- und Aufenthaltsdaten der gefährdeten Personen unter Verschluss bleiben. Die Krisenintervention durch Beratungs- und Vermittlungsstellen zum Zwecke der Gewaltprävention und Fallkonferenzen mit Staatsanwaltschaft, Jugendamt, Familiengericht und Schule werden gesetzlich geregelt.

Schutz unserer Polizei

Schon mit der ersten Polizeirechtsnovelle und der Einführung des Tasers und der Ausweitung der Bodycam hatte die Koalition Schritte unternommen, um die Berliner Polizei zu stärken.

Nun wird nachgelegt: Künftig sollen körperliche Untersuchungen per richterlicher Anordnung bei Personen möglich sein, wenn sie nach einem Einsatz eine Ansteckungsgefahr für Einsatzkräfte dargestellt haben. Denn bei rechtzeitigem Erkennen können medizinische Maßnahmen vor einer Ansteckung schützen.

Außerdem wird der finale Rettungsschuss geregelt. Was strafrechtlich längst als Nothilfe gilt, wird nun auch rechtlisch klar gefasst.

Künstliche Intelligenz: Berliner Start-ups weiter im Aufwind

Neues Wachstum, neue Techniken, neue Geschäftsideen

Zalando, HelloFresh, Lieferando – diese drei bekannten Unternehmen gehören zu den erfolgreichsten Start-ups aus Berlin. Die Gründerbranche bleibt spannend und im Aufwind – auch dank neuer Möglichkeiten durch Künstliche Intelligenz (KI).

So scheint die kurze Krise nach dem Ende des Corona-Booms überwunden. Laut Start-up-Verband wurden in der deutschen Hauptstadt im ersten Halbjahr 248 Wachstumsfirmen gegründet, 15 mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Berlin liegt klar vorn

Damit steht Berlin im Ländervergleich auf dem hervorragenden dritten Platz nach

Bayern mit 343 Neugründungen und Nordrhein-Westfalen mit 281. Wenn jedoch nach Einwohnerzahlen gerechnet wird, liegt Berlin mit 6,7 neuen Start-ups je 100.000 Einwohner auf dem Spitzenplatz, gefolgt von Hamburg (4,5) und Bayern (2,6).

Ein ermutigende Erfolgsbilanz. Sie entspricht dem, was die CDU-Fraktion Berlin 2023 formuliert hatte: „Unser Ziel ist es, Berlin zu Europas Start-up- und Gründungshauptstadt zu machen.“

Für neuen Schub sorgen insbesondere neue Techniken wie KI. Bundesweit nutzen schon mehr als 500 Firmen die neuen Möglichkeiten.

So wie etwa die Berliner Tüftler von „Frequenz“: Mit ihren Algorithmen behalten

Deutscher Spitzenplatz:

6,7

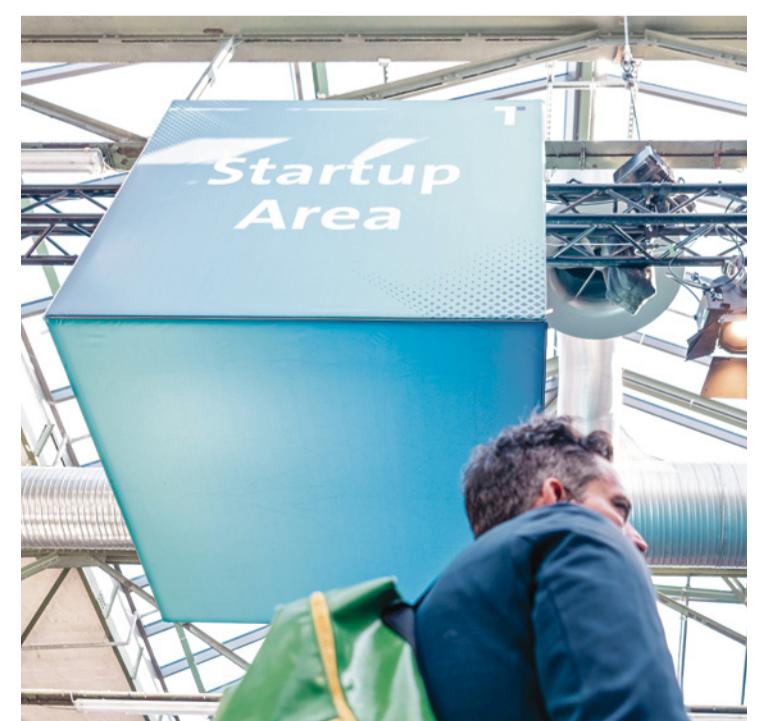
neue Start-ups je 100.000 Einwohner in Berlin

sie Strompreise, Stromverbrauch oder den Einsatz von Stromspeichern im Blick. Ihre Prognosen können Unternehmen helfen, Energie zu sparen.

Schnellere Hilfe und Antworten

Oder die Gründer von „Taktile“: Deren KI-basierte Software erleichtert es Banken und Versicherungen, Kundenanfragen, etwa nach Krediten, leichter zu beantworten. Weniger lange Warteschleifen bei Anrufern in Callcentern verspricht die Neuentwicklung von „Parloa“: schnellere Hilfe durch Spracherkennung in automatisierten Gesprächen.

Berlins neuer Start-up-Boom – ein wichtiger Eckpfeiler unserer Wirtschaft.



Berlin bleibt Hauptstadt der Start-ups Foto: IMAGO/Eventpress

25 Millionen Fluggäste am BER

Flughafen Berlin Brandenburg: Zahlen und Fakten zum BER

Der Flughafen Berlin Brandenburg trägt den IATA-Code BER und ging im Oktober 2020 in Betrieb. Zuvor wurde der ehemalige Flughafen Schönefeld um 970 Hektar auf eine Fläche von insgesamt 1.470 Hektar ausgebaut. Berlin ist der drittgrößte Flughafenstandort in Deutschland – gemessen an den ankommenden und

abfliegenden Passagieren (ohne Umsteiger) sogar der größte. Die Terminals T1 und T2 befinden sich zwischen zwei parallel angelegten Start- und Landebahnen. Der sechsgleisige Bahnhof mit drei Bahnsteigen direkt unter dem Terminal 1 ist ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal gegenüber allen anderen großen deutschen Flughäfen.

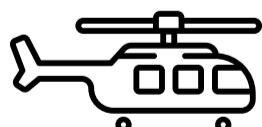


Passagieranzahl

Im letzten Jahr kam der BER auf 25,47 Millionen Fluggäste, eine Steigerung um rund 10,4 Prozent gegenüber 2023 mit 23,07 Millionen Passagieren. Am 27. September 2024 reisten 99.579 Passagiere über den BER, mehr als je zuvor an einem Tag. Der verkehrsreichste Tag des Jahres 2024 bei Ostbetrieb (Ostwind) war der 18. Oktober mit 707 Flügen und bei Westbetrieb (Westwind) der 15. Juli mit 699 Flügen.

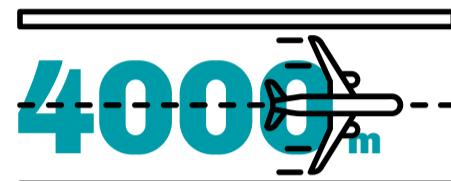


Im Sommerflugplan 2025 verbinden mehr als **70 Airlines** den BER direkt mit **150 Zielen in 50 Ländern**. Zu den Top-Reiseländern gehören Spanien, Griechenland, Frankreich und die Türkei, mit Mallorca als beliebtestem Urlaubsziel.



Schnellere Entlastung durch früheren Umzug

Auf Initiative der CDU-Fraktion wird die **Hubschrauberstaffel der Bundeswehr** mit jährlich mehreren hundert Flügen vom geschlossenen Flughafen Tegel zum BER um mehrere Jahre von 2029 auf Anfang 2026 vorgezogen. So werden in Tegel zusätzliche Lärmbelastungen für die Anwohner vermieden und die weitere Entwicklung und die Nutzung des dort entstehenden neuen Quartiers nicht behindert.

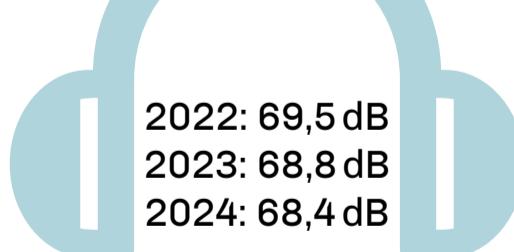


Start- & Landebahnen

Der BER hat zwei parallel angelegte Start- und Landebahnen, die aufgrund des seitlichen Abstandes von 1900 Metern unabhängig voneinander betrieben werden können. Die nördliche Start- und Landebahn ist 3600 Meter lang, die südliche Start- und Landebahn ist 4000 Meter lang und 60 Meter breit.



am BER gab es in 2024 insgesamt. Die Zahl der Flüge nahm um etwa 15.000 oder 8 Prozent zu im Vergleich zum Vorjahr. Die Auslastung der Flugzeuge erreichte mit **133 Reisenden pro Flugzeug** einen neuen Rekordwert.



Aktiver Lärmschutz durch Steilstarts und moderne Flugzeuge

Die **mittleren Maximalpegel bei Starts sinken** dank gestiegenem Anteil (25 %) an Flugzeugen der neuesten Generation, leiseren Steilstartverfahren und lärmabhängigen Entgelten für Airlines. Der Lärm jedes einzelnen Fluges wird durch 31 stationäre und zwei mobile Messstellen verfolgt und ausgewertet. Die Messwerte sind in Echtzeit bei TraVis BER abrufbar.



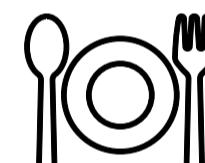
Rekordwert bei der Luftfracht

Mit **44.300 Tonnen** wurde 30 Prozent mehr Fracht in 2024 ab und zum BER befördert als im Vorjahr – bei über das Jahr stabilen Zahlen.



Ausgezeichnete Verbesserung

Der BER ist zu Beginn dieses Jahres von der renommierten Rating-Agentur Skytrax als **Vier-Sterne-Flughafen** und im Frühling 2025 für Verbesserungen bei Aufenthaltsqualität, Serviceangebot und Abfertigung mit dem Titel „**World's Most Improved Airport**“ ausgezeichnet worden. Inzwischen dauert es bei 98 Prozent aller Ankünfte nicht länger als 30 Minuten, bis alle Passagiere ihre Koffer entgegennehmen können.

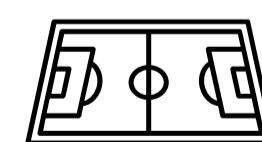


Vielfältiges Angebot

Im Geschäftsjahr 2024 betrug der **Umsatz im Bereich Gastronomie, Einzelhandel und Service 101,9 Mio. Euro** bei über 125 Shops, Gastronomie und Serviceeinrichtungen.



Über 20.000 Menschen arbeiten am BER



Die Fläche des Flughafens beträgt 1470 Hektar und entspricht ca. 2000 Fußballfeldern



Mitarbeiter beschäftigte die Flughafengesellschaft zum 31.12.2024

Prävention statt Isolation: Berlin setzt auf Hausbesuche im Alter

Großer Erfolg und hohe Nachfrage bei der Bekämpfung von Einsamkeit

Älterwerden bedeutet nicht automatisch, auf Selbstständigkeit verzichten zu müssen. Doch mit dem Alter wachsen Unsicherheiten: Wer hilft im Pflegefall? Welche Freizeitangebote gibt es im Kiez? Wie lässt sich trotz körperlicher Einschränkungen der Alltag gestalten? Antworten auf diese Fragen liefert das Projekt „**Berliner Hausbesuche**“ – ein Angebot, das inzwischen in allen zwölf Bezirken fest verankert ist und tausende Seniorinnen und Senioren erreicht hat.

Vom Pilotprojekt zum berlinweiten Modell

Gestartet war das Projekt 2021 zunächst in zwei Bezirken. Die Idee: Berlinerinnen und Berliner ab 70 Jahren erhalten per Brief ein kostenfreies Angebot für einen Hausbesuch. Geschulte **Lotsinnen und Lotsen des Malteser Hilfsdienstes** besuchen die Menschen in ihrer Wohnung, hören zu und beraten individuell. Das Themenspektrum reicht von Gesundheit und Pflege



über altersgerechtes Wohnen bis hin zu Freizeit- und Kulturnangeln vor Ort.

Das Besondere: Die Gespräche finden im häuslichen Umfeld statt, in vertrauter Atmosphäre. So entsteht Raum, um Sorgen anzusprechen, Fragen zu klären und konkrete Hilfen zu vermitteln. 2024 wurde das Modell auf Initiative der CDU-Fraktion auf ganz Berlin ausgeweitet.

Bereits 5000 Seniorinnen und Senioren erreicht

Dass der Bedarf groß ist, zeigen die Zahlen: Rund 5000

Berlinerinnen und Berliner haben das Angebot seit dem Start wahrgenommen. Besonders nachgefragt werden Informationen zu Pflegestützpunkten, Alltagsunterstützung, Begegnungsstätten und Freizeitangeboten. Auch Themen wie finanzielle Belastungen, Barrieren im öffentlichen Raum oder die Sorge um soziale Isolation werden immer wieder angesprochen.

Die Berliner Hausbesuche schließen eine entscheidende Lücke. Es gibt viele gute Angebote für ältere Menschen in Berlin. Aber oft ist die Orientierung schwer. Die Lotsinnen

Pilotprojekt macht Schule: Rat und Hilfe für reifere Berliner
Foto: istock/
Jacob Wackerhausen

und Lotsen der Malteser helfen dabei, gezielt das zu finden, was individuell passt.

Eine Geschichte aus dem Alltag

Wie wertvoll der persönliche Austausch sein kann, zeigt das Beispiel von Marianne, 78 alt. Sie lebt seit dem Tod ihres Mannes allein in einer Altbauwohnung im dritten Stock. „Ich wusste gar nicht, wo ich anfangen soll, als mir die Treppen immer schwerer fielen“, erzählt sie. Der Flyer zu den Berliner Hausbesuchen kam für sie im richtigen Moment.

Beim Termin erfuhr sie von einer Nachbarschaftsinitiative, die Einkaufshilfen anbietet, und bekam Kontakt zu einer Freizeitgruppe für ältere Frauen im Kiez. „Plötzlich habe ich wieder feste Termine in der Woche und Leute, mit denen ich reden kann“, sagt sie. „Ohne den Besuch hätte ich davon nie erfahren.“

Ihre Geschichte ist kein Einzelfall – viele Seniorin-

nen und Senioren berichten, dass sie durch den Hausbesuch erstmals Zugang zu passenden Angeboten fanden und sich weniger isoliert fühlen.

Bedeutung für die Zukunft der Seniorenpolitik

Die Berliner Hausbesuche gelten inzwischen als ein **bundesweit beachtetes Vorzeigeprojekt**. Anders als viele klassische Programme setzt das Angebot nicht erst dann an, wenn Pflegebedürftigkeit bereits besteht, sondern arbeitet präventiv. Ziel ist es, Lebensqualität und Selbstständigkeit im Alter so lange wie möglich zu erhalten.

Mit der Ausweitung der Hausbesuche hat der Senat von Kai Wegner einen wichtigen Schritt hin zu einer modernen, präventiven Seniorenpolitik gemacht – und ein Modell geschaffen, das auch über die Stadtgrenzen hinaus Schule machen könnte.

Lang erwartet! Feierliche Eröffnung der A 100

CDU-Fraktion für mehr Tempo bei Sanierung der Elsenbrücke und weiteren Ausbau

Weniger Verkehr in Wohnkiezen, schnellere Verbindung zu Gewerbegebieten und zum Flughafen BER. Die Eröffnung des neuen Teilabschnitts der A 100 zwischen Neukölln und Treptow ist ein erster wichtiger Schritt zur künftigen Entlastung der Anwohnerstraßen in Bezirken wie Neukölln, Treptow-Köpenick und Friedrichshain-Kreuzberg, finanziert hauptsächlich durch Bundesmittel.

Viele Auto- und Motorradfahrer wollten Ende August

den lang erwarteten Start der neuen Schnellstraße miterleben: „Ein gutes Gefühl, frei fahren zu können.“

Weiterer Ausbau sinnvoll

Doch es bleibt noch viel zu tun. Dass der Ersatzneubau der Elsenbrücke noch nicht fertig ist, liegt an der verschleppten Planung durch die Verkehrssenatorinnen der Vorgängerregierungen. Um die aktuelle Situation zu

entspannen, unterstützt die CDU-Fraktion die Aktivitäten der Senatorin Ute Bonde (CDU), die u.a. eine weitere Fahrspur Richtung Nordosten einrichten wird und eine Änderung der Ampelschaltung vornimmt. Damit wird sich der Rückstau erheblich reduzieren und die Busse zügiger vorankommen.

Aus Sicht der CDU-Fraktion Berlin ist zudem der weitere Ausbau der Stadtautobahn bis Storkower Straße (Abschnitt 17) dringend erforderlich. Erst mit ihm werden alle Vorteile der neuen Verbindung voll zum Tragen kommen. Deutlich weniger Verkehrsbelastung in Wohngebieten und ein schnellerer und effizienterer Wirtschaftsverkehr wird hierdurch erwartet.

„Herausragende Bedeutung“

Die Vorteile des Vorhabens unterstreicht auch die Berliner Wirtschaft. „Dieses Projekt ist für den Wirtschaftsverkehr in Berlin von herausragender Bedeutung“, heißt es vonseiten der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB). Weitere Experten stimmen zu. Denn eine Millionenmetropole wie Berlin lässt sich nun mal nicht allein mit Lastenfahrrädern versorgen.



Der neue Teilabschnitt der A 100 ist endlich fertig
Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

Rettung für Berlins überlastete Retter

Neues Gesetz sorgt mit neuen Regelungen und Zuständigkeiten für Entlastung



Neues Gesetz sichert schnelle Rettung in Berlin Foto: IMAGO/Future Image

Bei einer Rettung zählt jede Minute. Einsatzkräfte sollen in Berlin schneller vor Ort sein, echte Notfälle bekommen Priorität. Dazu hat der CDU geführte Senat ein neues Rettungsdienstgesetz beschlossen.

Was sich jetzt ändert soll: Kernaufgaben der Notfallrettung übernimmt die Feuerwehr. Ganz oben stehen Reanimation, Herzinfarkt und Schlaganfall (Kategorie 1). Um Bagatellfälle wie etwa Fieber sollen sich andere Einrichtungen kümmern. Medizinisch nicht notwendige Krankentransporte sollen Privatfirmen (neue Rufnummer: 19222) erledigen.

Rund
0,5 Mio.
Notrufe
gab es im Jahr 2023

Zusätzlich soll der Datenaustausch von Notaufnahmen, Rettungsdienst und Rechtsmedizin verbessert werden. Mehr Erste-Hilfe-Kurse sollen dazu beitragen, dass mehr Berliner im Notfall einspringen und Berlins Rettungskräfte entlasten können.

493.728 Notrufe im Jahr

Die Zahl der Alarmierungen ist in den letzten Jahren stetig gestiegen: auf rund eine halbe Million im Jahr 2023. Eine Neuorganisation des Rettungsdienstes war daher dringend erforderlich.



Zivil- und Bevölkerungsschutz geht uns alle an

Sirene und System - neue Bedrohungen erfordern ein Umdenken

Am 23. Juli 2025 begrüßte die Steglitzer Abgeordnete Dr. Claudia Wein (CDU-Fraktion Berlin) den stellvertretenden CDU-Ortsvorsitzenden Pankow-Süd Martin Lammert in ihrem Wahlkreisbüro zu einem Vortrag über die Zukunft des Zivil- und Bevölkerungsschutzes. Lammert, der sich u.a. beruflich als Generalstabsoffizier und stellvertretender Referatsleiter der Zukunftsanalyse im Planungsamt der Bundeswehr mit der Thematik befasst, zeichnete ein klares Bild: Die Bedrohungslage hat sich dramatisch verändert – Klimakrise, Pandemien, Cyberangriffe und geopolitische Spannungen fordern unsere Gesellschaft auf neue Weise heraus.

Zivil- und Bevölkerungsschutz ist heute keine Randaufgabe mehr. Vielmehr geht es um den Schutz unserer Lebensgrundlagen – von Strom- und Wasserversorgung über medizinische Infrastruktur bis hin zu funktionierender Kommunikation im Krisenfall. Die Grenzen zwischen militärischen und zivilen Gefahren verschwimmen zunehmend, auch in Berlin.

Lammert machte deutlich: Der Staat allein kann es nicht richten. Jeder Bürger, jede Kommune, jede Nachbarschaft – auch hier in Steglitz – ist gefragt, zur Resilienz unserer Gesellschaft beizutragen. Dies beginnt bei Vorratshaltung und Selbstschutzkompetenz und reicht bis zur Mitwirkung im Ehrenamt. Schulen, Vereine und lokale Initiativen sollten verstärkt in Aufklärung und Vorsorge eingebunden werden.



Martin Lammert im Gespräch über Bevölkerungsschutz in Steglitz

Foto: Dr. Claudia Wein

“
Bevölkerungsschutz beginnt in der Nachbarschaft.

Martin Lammert
stellvertretender CDU-Ortsvorsitzender Pankow-Süd

Die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie und der Flutkatastrophe im Ahrtal zeigen, wie entscheidend gute Vorbereitung ist. Fehlende Vorräte, mangelhafte Koordination und Unsicherheiten in der Bevölkerung dürfen sich nicht wiederholen. Lammert forderte deshalb eine nationale Gesamtstrategie, die Rolle des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz- und Katastrophenhilfe (BBK) zu stärken und klare Zuständigkeiten – aber ebenso die konsequente Einbindung der Bezirke, Kommunen und der Zivilgesellschaft.

Gerade in einer Großstadt wie Berlin kann eine aktive Nachbarschaft im Ernstfall entscheidend sein. Auch bei uns in Steglitz braucht es funktionierende Netzwerke, geschulte Helfer und eine Kultur der gegenseitigen Unterstützung.

Die Lage ist ernst – aber nicht hoffnungslos. Mit Weitblick, Investitionen und bürgerschaftlichem Engagement lässt sich der Bevölkerungsschutz modernisieren und krisenfest machen. Abgeordnete wie Dr. Claudia Wein setzen sich dafür ein, dass der Schutz der Menschen vor Ort endlich den politischen Stellenwert erhält, den er verdient.

Denn eines ist klar: Ein sicherer Bezirk beginnt mit einer wachsenden, gut vorbereiteten Nachbarschaft.

Liebe Steglitzerinnen und Steglitzer,

als direkt gewähltes Mitglied des Abgeordnetenhauses bin ich für Ihre Anliegen zuständig. Unser Kiez liegt mir besonders am Herzen, denn er ist mein Zuhause.

Schloßstraße, Breitenbachplatz, Markelkiez, Bismarckviertel, Blumenkiez, Botanischer Garten und Fichtenberg, das sind Orte, die durch ihre Vielfalt und Lebensqualität überzeugen. Aktuell konzentrieren sich meine Arbeitsschwerpunkte hier in Steglitz auf die Mittelständischen Unternehmen und das Wirtschaftsleben an der Schloßstraße, die Neugestaltung des Breitenbachplatzes und die Lösung der Verkehrssituation Unter den Eichen. Auch der Zustand unserer Brücken ist ein wichtiges Thema.

Im Abgeordnetenhaus befasse ich mich intensiv mit unserem Haushalt, der Gesundheits- und Bildungspolitik sowie kirchenpolitischen Fragen. Den Landeshaushalt zukunftsweisend zu machen und die überbordenden Ausgaben zu senken, aber auch die Verwaltung zu modernisieren, das sind die Herausforderungen.

Ich freue mich auf einen regen Austausch mit Ihnen. Sie finden mein Wahlkreisbüro am S-Bahnhof Botanischer Garten.

*Mit
Dr. Claudia Wein*

Dr. Claudia Wein
Ihre Abgeordnete für Steglitz Zentrum – Schloßstraße, Grunewaldstraße, Breitenbachplatz, Bismarckviertel/Lauenburger Platz, Blumenkiez/Asternplatz

Gemeinsam aktiv für ein sauberes und starkes Steglitz

Kiezputz im Charkiw-Park mit Dr. Claudia Wein und ukrainischen Geflüchteten

“
Miteinander anpacken – für ein starkes Steglitz.

Dr. Claudia Wein
Abgeordnete für Steglitz Zentrum

„Solche Aktionen stärken den Zusammenhalt im Kiez und zeigen, wie Integration im Alltag gelingt“, so Dr. Claudia Wein.

Neben der gemeinsamen Arbeit blieb Zeit für Gespräche über Erfahrungen, Herausforderungen und Wünsche – eine Begegnung auf Augenhöhe, getragen von Respekt und Offenheit.

Der Charkiw-Park, benannt nach der ukrainischen Partnerstadt von Steglitz-Zehlendorf, wurde so zum Ort praktischer Solidarität. Ein gelungener Tag, der Mut macht – für ein Miteinander, das unseren Bezirk trägt.



Mit ukrainischen Helferinnen beim Kiezputz im Charkiw-Park Steglitz

Foto: Dr. Claudia Wein



Herbstliche Themen im CDU-Bürgerbüro von Dr. Claudia Wein

Das CDU-Bürgerbüro in der Hortensienstraße 29 lädt im Oktober und November zu informativen und kulturellen Veranstaltungen ein:

Am **14.10. um 18 Uhr** spricht **Denise Asshoff** (Caritas) über „Hilfe, mein Nachbar trinkt!“ Am 29.10. um 18:30 Uhr gibt

Martin Lammert, Generalstabsoffizier und CDU-Vize Pankow-Süd, Einblicke in den Bevölkerungsschutz.

Am **14.11. um 18 Uhr** eröffnen **Josephine Riemann** und **Sarah Schultz** ihre Ausstellung mit Werken, die bis ins neue Jahr gezeigt werden.

Am **17.11. um 18 Uhr** informiert **Astrid Leicht** (Fixpunkt e.V.) über den Umgang mit Drogenkonsum im öffentlichen Raum.

Eine **Bürgersprechstunde** findet am **3.11. von 16–18 Uhr** im **Weinoffice**, Forststraße 23, statt.

Alle Veranstaltungen sind **kostenlos**. Kommen Sie gern vorbei – wir freuen uns auf Sie!

Im Wahlkreis unterwegs

Franz Amrehn – Männer der ersten Stunde – Teil 4

An der Ecke Schildhorn- und Schloßstraße liegt ein wenig einladender Platz. Seit dem 4. Oktober 2011 trägt er den Namen **Franz Amrehn** – zum 30. Todestag eines CDU-Politikers, der sich der Zukunft Berlins verschrieben hatte. Kein gebürtiger Berliner, sondern ein Franke, geboren am 23. November 1912 in Oberleinach bei Würzburg.

Die Weimarer Jahre erlebte Amrehn in Berlin. 1932 machte er Abitur in Charlottenburg, danach begann er eine Ausbildung bei der Dresdner Bank. Dort arbeitete er bis zum Zweiten Weltkrieg, anschließend war er bis 1945 Soldat.

Schon Ende 1945 trat er dem kurz zuvor gegründeten Berliner CDU-Landesverband bei. Besonders die politische Bildung der Jugend lag ihm am Herzen – ein Defizit der Weimarer Republik. Von 1949 bis 1951 war er Sprecher der Jungen Union Berlin.

Am 20. Oktober 1946 fanden in ganz Berlin die ersten freien Nachkriegswahlen statt. Amrehn zog in die Bezirksverordnetenversammlung Steglitz ein. Ab 1950 vertrat er den Wahlkreis Süden 15 Jahre lang im Abgeordnetenhaus.

Nach der Wahl 1954 bildeten SPD und CDU eine Ko-



alition unter Otto Suhr (SPD). Amrehn wurde Bürgermeister und Suhrs Stellvertreter. Als Suhr 1957 starb, übernahm Amrehn kommissarisch den Vorsitz des Senats. Willy Brandt wurde kurz darauf Regierender Bürgermeister.

1958 errang die SPD die absolute Mehrheit. Trotzdem wurde die Große Koalition fortgeführt – wegen der inter-

nationalen Krise: Mit dem **Chruschtschow-Ultimatum**

Franz Amrehn hat Maßstäbe in schwerer Zeit gesetzt.

Richard von Weizsäcker ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin

Während die Blockade 1949 endete, blieb die Mauer bis 1990 bestehen. Die Kuba-Krise zeigte 1962, dass die USA Chruschtschows Konzept der „friedlichen Koexistenz“ faktisch akzeptierten – was Zweifel an ihrer Schutzmachtrolle nährte.

Die SPD reagierte mit einer strategischen Neuaustrichtung: Egon Bahr formulierte 1963 in Tützing den berühmten Satz vom „Wandel durch Annäherung“. Amrehn hingegen lehnte diesen Kurs ab – sichtbar in seiner Ablehnung der Passierscheinabkommen 1963–1966.

Die Quittung folgte bei der Wahl 1963: nur noch 28,8 %

für die CDU, ein Minus von neun Punkten. Bis 1981 blieb die Partei in der Opposition.

Am 4. Oktober 1981 starb Franz Amrehn in seiner Wohnung in Zehlendorf. Die Wiedervereinigung erlebte er nicht mehr – aber noch die Wahl von Richard von Weizsäcker zum Regierenden Bürgermeister. Dieser würdigte ihn mit den Worten:

„Franz Amrehn hat Maßstäbe in schwerer Zeit gesetzt.“

Inspirierend abstrakt

Vernissage zur Ausstellung der abstrakten Künstlerin Ina Münch

Aktuell zeigt die Künstlerin Ina Münch 40 Werke im Bürgerbüro in der Hortensienstraße 29. Die Ausstellung versammelt abstrakte Kompositionen zwischen Harmonie und Kontrast und gewährt Einblicke in die Bandbreite ihres Schaffens.

„Eine weiße Leinwand bedeutet für mich Freiheit. Ich male mich durch Farben, Flächen und Strukturen, geleitet von einer Idee und zugleich bereit, vom Zufall beschenkt zu werden“, beschreibt Münch ihren Prozess.

Die Vielfalt zeigt sich in Formaten von 2 × 2 Metern bis 20 × 20 cm. Inhaltlich reicht



Abstrakte Vielfalt – Ina Münch im Bürgerbüro Steglitz

Foto: Dr. Claudia Wein



Ausstellung in den Räumen der Steglitzer CDU-Abgeordneten Dr. Claudia Wein

Hortensienstr. 29, 12203 Berlin S-Bhf Botanischer Garten

Öffnungszeiten: Mo 13-18, Di-Do 10-15

Ausstellungsdauer

19. September - 30. Oktober 2025

das Spektrum von semi-abstrakten Berlin-Motiven über urbane Szenen bis zu landschaftlichen Anmutungen, die Erinnerungen und Atmosphären in Farbe übersetzen.

Ina Münch studierte in Konstanz, kam 1996 nach Berlin-Zehlendorf und hat heute ihr Atelier in Teltow. 2024 wurde sie mit dem ersten Hoppegarten Kunstpreis ausgezeichnet. Sie ist Mitglied im Verein KUNST.RAUM.STEGLITZ e.V.

Die Ausstellung läuft bis zum 30. Oktober. Kontakt: www.inamuench.com | info@inamuench.com | Instagram: [@ina.muench](https://www.instagram.com/inamuench)

**Haben Sie Themen in Steglitz Zentrum?
Ihre Abgeordnete Dr. Claudia Wein
ist für Sie da!**

HIER FINDEN SIE ANTWORTEN UND HILFE

Bürgerbüro von Dr. Claudia Wein
Hortensiensstraße 29, 12203 Berlin
Mo.: 13:00–18:00 Uhr
Di./Mi./Do.: 10:00–15:00 Uhr
☎ (030) 88 70 94 40
✉ buero.wein@t-online.de
🌐 www.claudia-wein.de

f claudia.wein
@cl.wein



50.000 neue Plätze! Berlins Schulbau bleibt in der Offensive

Milliardenschweres Investitionsvorhaben sorgt für Entlastung in Schulen und Klassen

Mehr Schulräume, kleinere Klassen. Berlins Schulbauoffensive ist und bleibt das größte Investitionsprogramm Berlins. Milliardenschwer und nach aktuellen Ergebnissen äußerst erfolgreich. Unter CDU-Verantwortung wurden die Mittel dafür zuletzt erheblich aufgestockt.

Neues Gymnasium in Marzahn

So werden im Laufe des neuen Schuljahres 2025/2026 insgesamt 8551 zusätzliche Schulplätze geschaffen, davon gut 5700 in neun Schulneubauten. Das sind fünf Grund-, drei Oberschulen sowie ein neues Gymnasium endlich auch in Marzahn-Hellersdorf.

Weitere 2813 Plätze werden durch Erweiterungen bestehender Schulen entstehen.

Zehn weitere Schulneubauten

Für das nächste Schuljahr 2026/2027 sind mindestens

▼
8551
▲

zusätzliche Schulplätze und neun Schulneubauten werden im Laufe des Schuljahres 2025/2026 geschaffen



zehn weitere Schulneubauten in der Planung, dazu kommen weitere Sanierungsmaßnahmen im dreistelligen Bereich.

Die Gesamtbilanz dieses Großprojektes kann sich se-

hen lassen: Rund zusätzliche 50.000 Schulplätze sorgen für Entlastungen von Schulen und Klassen. Das unter Rot-Grün-Rot entstandene Defizit kann nunmehr schrittweise abgebaut werden.

Neue und sanierte Schulen, mehr Plätze für Schüler wie in der Anna-Lindh-Schule

Foto: CDU-Fraktion/
Patrick Liesener

Bessere Noten für Berlin

Laut „Bildungsmonitor 2025“ des Instituts Neue Soziale Marktwirtschaft hat sich Berlin im Ländervergleich weiter auf Platz 11 verbessert (2023: Rang 15). In rot-grün-roten Zeiten war Deutschlands Hauptstadt bildungspolitisch viel zu lange auf hinteren Plätzen.

IFA bleibt Berlinerin

Die Internationale Funkausstellung (IFA) ist mit mehr als 200.000 Besucher ein Publikumsmagnet. Diese wichtige Messe soll bis 2034 in Berlin bleiben, kündigte IFA-Chef Leif Lindner an. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner freut sich für die Berliner: „Damit bleibt zusammen, was zusammengehört.“



IFA bleibt unterm Funkturm

Foto: IMAGO/IPON

Sicherheit für alle

Fühl' dich sicher in Berlin.

Mit der Reform des Polizei- und Ordnungsrechts sorgt die CDU-Fraktion für mehr Schutz im Alltag. Endlich darf die Polizei an Kriminalitätsschwerpunkten Videoaufklärung einsetzen. Die Speicherfristen im öffentlichen Nahverkehr verlängern wir auf 72 Stunden.



Schutz vor häuslicher und geschlechtsbezogener Gewalt

Lieben ohne Angst. Wir weiten das maximale Betretungsverbot bei häuslicher und partnerschaftlicher Gewalt auf 28 Tage aus. Gefährdete Opfer werden per Sicherheitsmitteilung frühzeitig gewarnt, sollte sich der Gewalttäter nähern.



Mehr Schutz und Sicherheit. Für Berlin.

Mehr Videoschutz, stärkere Polizei. Kampf gegen Clans und gegen häusliche Gewalt.

CDU FRAKTION BERLIN

WORT GEHALTEN
Neues Berliner Polizeigesetz



Terrorabwehr und Bekämpfung der Organisierten Kriminalität

Kriminellen vergeht das Lachen.

Wir legen ein besonderes Augenmerk auf die Bekämpfung von Terrorgefahren und die Bekämpfung des organisierten Verbrechens. Die elektronische Fußfessel kommt.



Schutz für unsere Polizei

Sie sind da, wenn Du sie brauchst: unsere Einsatzkräfte. Mit dem Gesetz passen wir die polizeilichen Befugnisse an die Bedrohungslage an und stärken unserer Polizei den Rücken. Zum Schutz unserer Einsatzkräfte regeln wir den finalen Rettungsschuss.



Schluss mit falschen linken Versprechen – wir schützen die Mieterinnen und Mieter!

von Dirk Stettner – Vorsitzender der CDU-Fraktion Berlin

Ein Jahrzehnt linker Wohnungspolitik hat unsere Stadt an den Rand einer Mietenkrise gebracht. Rot-Grün hat blockiert, verzögert, zerreidet – und die Mieterinnen und Mieter im Stich gelassen. Während immer mehr Menschen nach Berlin gezogen sind, haben SPD, Grüne und Linke es verpasst, den dringend nötigen Wohnraum zu schaffen.

Der Tiefpunkt war der sogenannte **Mietendeckel**: verfassungswidrig, wirkungslos, ein Schlag ins Gesicht aller, die auf Entlastung gehofft haben. Kein Euro weniger Miete, aber viel Unsicherheit und Chaos auf dem Wohnungsmarkt. Das ist linke Symbolpolitik – teuer, ideologisch, nutzlos.

Das Ergebnis sehen wir heute: Angebotsmieten, die sich verdoppelt haben. Ein Wohnungsmarkt, auf dem Normalverdiener kaum noch eine Chance haben. Eine Stadt, die ihr Versprechen von sozialer Mischung und Offenheit zu verlieren droht.

Die CDU-Fraktion sagt klar: Damit ist Schluss!

Wir stehen für eine Politik der Vernunft und der Tatkraft. Wir machen keine ideologischen Experimente – wir lösen Probleme. Unser Kurs heißt: **kluge Förderung statt Zwang, bauen statt blockieren, anpacken statt ankündigen**.

Unsere Maßnahmen – für die Menschen in Berlin

- Mietpreisbremse konsequent durchsetzen:** Wir haben die Mietpreisprüfstelle eingerichtet. Sie sorgt dafür, dass Wucher nicht länger folgenlos bleibt.
- Mehr Geld für sozialen Wohnungsbau:** Wir stellen sicher, dass jährlich tausende neue Sozialwohnungen entstehen können. 2024 bereits über 5000. Allein 2025 fließen dafür rund **eine Milliarde Euro** – und für



Mehr bezahlbare Wohnungen entlasten Berlins Mieter Foto: IMAGO/Funke Foto Services

2026 und 2027 sind bereits jeweils eine weitere Milliarde eingeplant. Damit wächst der Etat der Stadtentwicklungsverwaltung fast auf das Doppelte.

- Wohnungsneubauturbo nutzen:** Mit der neuen Bundesregelung können wir endlich schneller bauen. Und wir wissen genau, wo: auf den vielen **Industriebrachen** Berlins. Dort entstehen ganz neue Quartiere – ohne die Lebensqualität in den gewachsenen Kiezen zu zerstören.

Stärksten bestehen. Berlin muss Heimat für alle bleiben.

Mit der CDU wird angepackt, gebaut und bezahlbar gemacht – **für ein sicheres und bezahlbares Zuhause in unserer Stadt!**



Dirk Stettner
Fraktionsvorsitzender
Foto: Yves Sucksdorff

Unsere Botschaft ist klar:

Berlin braucht keine neuen linken Träume von Deckeln und Verboten. Berlin braucht Wohnungen, die wirklich gebaut werden. Wir kämpfen dafür, dass sich auch morgen noch Rentner in Marzahn, Familien in Tempelhof oder Studierende in Charlottenburg ihre Wohnung leisten können.

Berlin darf keine Stadt werden, in der nur die

Campingbebauung	Rückschlag beim Tennis	bestimmter Artikel	berl.: Mut	amerik. Geländewagen	Hochgebirge in Europa	Truhenn	Fußballklub aus Berlin	Brauch, Sitte (lat.)	dreist, unverschämmt	Wort des Einwandes	span. Maler (Salvador) † 1989	Prüfung	Lousibub bei Wilhelm Busch	Schwertlilie	Reiseweg	spanisch: Meer	berl.: langer Mensch	Anzeige der Uhr
Festlandmasse, Kontinent																		
Inhaltslosigkeit					Ausruf des Ekels	Spree-Zufluss												
füßende Nachbildung	bindender Auftrag	Hauptraum des römischen Hauses	Gebirge in Südamerika			Bohnenquark	Blinde-wort							11 russischer Männername			Tonart auf dem Grundton g	Exspieler bei Hertha BSC (Fred)
Fleischspalte																		
Altersruhegeld	berl.: betrügen		kaum hörbar	dreist, flott	Gefahr im Gebirge		Gelege	Leben, Existenz						Honigbiene	Zustand bei Asthma		7	
Figur in „My Fair Lady“																		ugs.: widerwärtiger Mensch
getrocknetes Gras (Viehfutter)					Frage-wort	Mensch o. Kunststoff	Großmutter	Kurzwort: Abonnement										
ugs.: unnützer Kram	Verlangen, Wunsch	Körperbau-lehrer																
bereitwillig							Abenteuer	Öster. Lyriker (Nikolaus) † 1850										
nor-dische Hirsch-art		Bewohner von Wales		Hast, überstürztes Drängen														
Jünger, Verräter Jesu		Singvogel																
Winter-sport-gerät				TV-Moderator (Markus)	Elbe-Zufluss													
Region in Italien																		
skand. Münze	barsch, schroff																	
CDU FRAKTION BERLIN																		
Mehr Schutz und Sicherheit. Für Berlin.																		
Jetzt QR-Code scannen und für unseren Newsletter anmelden, um informiert zu bleiben.																		
© 2021 CDU-FRAKTION BERLIN																		

Parlament stärkt Chancengleichheit und Finanzierung von Freien Schulen

In Berlin gibt es aktuell 170 Schulen in freier Trägerschaft mit rund 42.000 Schülern



Der Berliner Senat hat eine umfassende Reform der Schulen in freier Trägerschaft beschlossen, die jetzt im Abgeordnetenhaus beraten wird. Ziel ist es, die Finanzierung transparenter zu gestalten, Familien zu entlasten und die Chancengleichheit zu verbessern.

Ev. Schule Berlin Mitte, eine von 170 freien Schulen in Berlin
Foto: CDU-Fraktion/
Patrick Liesener

Die CDU-Fraktion Berlin unterstützt das Vorhaben. In Berlin gibt es derzeit rund 170 Schulen in freier Trägerschaft, an denen etwa 42.000 Kinder unterrichtet werden. Jeder achte Schüler in Berlin besucht somit eine Schule in freier Trägerschaft –

doch bislang standen sie oft unter finanziellem Druck.

Zuschüsse kommen früher

Bislang mussten neue Schulen bis zu fünf Jahre warten, bis sie staatliche Zuschüsse erhielten. Künftig sollen diese bereits nach zwei Jahren fließen. Besonders für kleine Träger bedeutet das eine deutlich bessere Planbarkeit.

Auch berufliche Schulen sollen profitieren: Die bisherige Begrenzung der Zuschüsse allein auf Personalkosten wird aufgehoben, sodass künftig auch andere Kosten stärker abgedeckt werden.

Mehr Unterstützung bei Förderbedarf

Die Reform legt ebenso besonderen Wert auf Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Für Schüler mit den Schwerpunkten Autismus, Sehen oder Hören werden die Zuschüsse erhöht. Neu ist zudem, dass auch allgemeine Schulen zusätzliche Mittel erhalten, wenn sie Kinder mit Förderbedarf aufnehmen.

Einheitliche Schulgeldtabelle

Um sicherzustellen, dass die Wahl einer Privatschule nicht vom Einkommen der Eltern abhängt, wird eine verbind-

liche Schulgeldtabelle eingeführt. Sie legt einkommensabhängige Obergrenzen fest und soll vor allem Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen entlasten. So sollen auch Familien mit einem Bruttojahreseinkommen von bis zu rund 81.000 Euro profitieren.

Verlässliche Planung

Die Finanzierung soll künftig transparenter werden: Die Personalkostensätze, auf deren Basis Zuschüsse berechnet werden, veröffentlicht die Finanzverwaltung künftig frühzeitig. Das verschafft den Trägern mehr Planungssicherheit und klare Rahmenbedingungen.

Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit

Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) sprach von einem „klaren Signal der Verlässlichkeit und Gerechtigkeit“. Schulen in freier Trägerschaft erhielten so die Anerkennung, die ihrem Beitrag zum Berliner Bildungssystem entsprechen.

Das Abgeordnetenhaus wird den Entwurf in den kommenden Wochen beraten. Sollte das Gesetz in dieser Form beschlossen werden, könnte es schon bald spürbare Verbesserungen für Träger, Familien und Kinder bringen.

Start der Daten-erhebung für den Mietspiegel

Berlin hat im September mit der Datenerhebung für den neuen qualifizierten Mietspiegel 2026 begonnen. Dafür werden zehntausende Mietrinnen und Mieter sowie Vermieterinnen und Vermieter befragt. Der Mietspiegel ist ein zentrales Instrument für den Berliner Wohnungsmarkt: Er schafft Transparenz über das tatsächliche Mietniveau, bietet Schutz vor überhöhten Forderungen und sorgt zugleich für Rechtssicherheit bei Mietanpassungen.

Die CDU-Fraktion bittet alle Angeschriebenen, sich an der Befragung zu beteiligen. Denn nur mit einer breiten Datengrundlage entsteht ein realistisches Bild der Berliner Mietensituation – als verlässliche Basis für mehr Fairness und Rechtssicherheit auf dem Wohnungsmarkt.



Faire Mieten dank des Mietspiegels

Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

Mehr Zeit für Bildung in Berliner Kindergärten

Bei unter Dreijährigen werden mehr Erzieher pro Gruppe eingesetzt

Berliner Kinder bekommen mehr Aufmerksamkeit, eine bessere Betreuung und mehr Zeit für Bildung: 2026 wird die Zahl der Kita-Kinder unter drei Jahren je Erzieher um ein Kind abgesenkt.

Das bedeutet: Ab August nächsten Jahres wird im Schnitt die Zahl der Kinder je Fachkraft rechnerisch auf dann nur noch 4,1 Jungen und Mädchen abgesenkt. Erzieherinnen und Erzieher werden damit entlastet; unter Dreijährige bekommen auf diese Weise mehr Aufmerksamkeit.

Trotz angespannter Haushaltsslage wird damit umgesetzt, was die CDU-Fraktion lange gefordert hatte: angesichts sinkender Kita-Kinderzahlen zu einem verbesserten Betreuungsschlüssel zu kommen, die Erzieherstellen zu erhalten. Sonst hätten bis zu 2400 Vollzeitstellen gestrichen werden müssen.

318 Mio.
Investitionen bis 2027 verbessern den Betreuungsschlüssel und erhalten Erzieherstellen

Gut angelegte Gelder

Die Investitionen von 125 Millionen Euro im kommenden Jahr und weiteren 193 Millionen Euro in 2027 sind gut angelegtes Geld auf dem Weg zum Erwachsenwerden.



Kleinere Kitagruppen: Entlastung für Erzieher, bessere Betreuung für Kinder Foto: istock/StockPlanets

Smarte Anzeigen für flüssigen Radverkehr

Mit VeloFlow entspannt durch die Hauptstadt radeln

Anhalten, warten, wieder antreten – wer mit dem Fahrrad durch Berlin fährt, kennt das Problem: Der Weg von Ampel zu Ampel ist oft ein ständiges Stop-and-Go. Mit dem neuen Projekt VeloFlow soll dem nun entgegengewirkt werden. Digitale Anzeigen sollen Radfahrern künftig helfen, den „Grünen Wellen“ der Stadt zu folgen und Kreuzungen entspannter zu passieren.

Mehr Komfort und weniger Rotlichtverstöße

Die erste sogenannte GLOSA-Anzeige („Green Light

Optimal Speed Advisory“) ist bereits an der Kreuzbergstraße in Betrieb. Etwa 200 Meter vor der Ampel informiert ein LED-Display, ob es sich lohnt, das Tempo anzupassen, um die nächste Grünphase zu erwischen. Wer mit rund 20 km/h unterwegs ist, kann so oft ohne Halt durchfahren.

Das Ziel ist klar: weniger abruptes Anhalten, weniger Rotlichtverstöße, dafür mehr Sicherheit und Komfort.

Technik im Hintergrund

Herzstück des Systems sind sogenannte Roadside Units,



Grüne Welle für Radler

Foto: CDU-Fraktion/
Patrick Liesener

kleine Kästen, die an den Ampeln montiert sind. Sie erfassen in Echtzeit die Schaltung der Signalanlage und übertragen die Daten drahtlos an die Anzeigen für Radfahrer. So sollen zuverlässige und präzise Informationen entstehen – unabhängig von Tageszeit oder Verkehrsaufkommen.

Pilotprojekt an mehreren Standorten

VeloFlow startet zunächst als Pilotprojekt. Neben der Kreuzbergstraße sind weitere Korridore vorgesehen, darunter die Invalidenstraße (zehn

Anzeigen) sowie die Stargarder Straße und Schönhauser Allee (neun Anzeigen). Auch in der Handjerystraße und an der Prinzregentenstraße werden Systeme installiert.

Digitaler Rückenwind für Berlins Radfahrer

Ob das Projekt auch in großem Maßstab funktioniert, wird die Pilotphase zeigen. Für die vielen Berlinerinnen und Berliner, die täglich auf zwei Rädern unterwegs sind, könnte es jedenfalls der Beginn eines deutlich entspannteren Alltags werden.

Nicht verpassen!

Die nächste Ausgabe vom **klartext** erscheint Mitte Dezember 2025

Termine

Bürgerdialoge der CDU-Fraktion Berlin

Gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden Dirk Stettner und den folgenden Abgeordneten können Sie zum jeweiligen Termin zu Ihren Themen diskutieren. Alle Informationen erhalten Sie unter: www.kümmer-tour.de.

KÜMMERTOUR
BÜRGERDIALOG

15.10. (Mi.) Kümmer-Tour Rummelsburg

Mit der Abgeordneten Lilia Usik für Karlshorst, Friedrichsfelde Süd und die Rummelsburger Bucht zu den Themen: **die Situation an der Rummelsburger Bucht, die Grundsteuer und Heizkosten.**



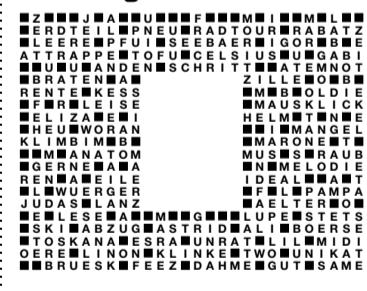
Die Rummelsburger Bucht

Foto: Lilia Usik, MdA

22.10. (Mi.) Kümmer-Tour Schöneberg

Mit der Abgeordneten Katharina Senge für Schöneberg zum Thema: „**Die funktionierende Stadt – erreicht oder in weiter Ferne?**“

Auflösung Kreuzworträtsel S.6



IMPRESSUM

klartext

Zeitung zur Stadt Berlin, Ihrem Kiez und dem Berliner Parlament

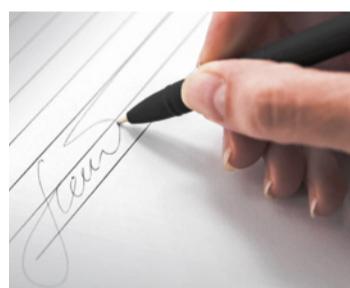
CDU-Fraktion Berlin
Preußischer Landtag, 10111 Berlin
Telefon: (030) 23 25 21 28
E-Mail: klartext@cdu-fraktion.berlin.de
www.cdu-fraktion.berlin.de

V.i.S.d.P.: Heiko Melzer
Bildredaktion: Patrick Liesener, Martin Bremer
Editorial Design, Layout, Satz & Produktion: Martin Bremer
Druck: A. Beig Druckerei und Verlag
Verteilung: Deutsche Post AG

Diese Veröffentlichung der CDU-Fraktion Berlin dient ausschließlich der Information und darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Unterschriften für Olympia

„Die Spiele für Berlin“: Unter diesem Motto sammelt der Landessportbund (LSB) Unterschriften für die Olympia-Bewerbung. Bis Jahresende sollen mindestens 20.000 zusammenkommen, die Unterstützung aus vielen Vereinen ist groß. Unterschriften können alle Berliner ab 16 Jahren: Rückenwind für die deutsche Sport-Hauptstadt. Der DOSB entscheidet im Herbst 2026 über die deutsche Bewerbung.



Unterschreiben für Olympia
Foto: IMAGO/imagebroker

Bundesverfassungsgericht bestätigt rbb-Staatsvertrag

CDU-Fraktion Berlin fordert konsequente Umsetzung

Das Bundesverfassungsgericht hat die Reform des Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) bestätigt. Damit sind die Änderungen des rbb-Staatsvertrags, die Anfang 2024 in Kraft traten, rechtlich abgesichert. Die CDU-Fraktion Berlin begrüßt das Urteil ausdrücklich und sieht ihre Linie gestärkt: Der rbb braucht klare Strukturen, mehr Transparenz und eine stärkere regionale Ausrichtung.

Reaktion auf Skandale

Bereits im Dezember 2023 hatten das Abgeordnetenhaus Berlin und der Brandenburger Landtag den neuen Staatsvertrag verabschiedet. Die Reform war eine direkte Reaktion auf die Skandale beim rbb der vergangenen Jahre und sieht unter anderem strengere Sorgfaltspflichten, verbindliche Haftungsregeln und mehr

Kompetenzen für Verwaltungs- und Rundfunkrat vor. Zudem wurde die Leitungsebene verschlankt, das Gehalt der Intendantin gedeckt und die regionale Berichterstattung verbindlich gestärkt.

CDU-Fraktion: Umsetzung muss spürbar sein

Aus Sicht der Christdemokraten im Abgeordnetenhaus ist das Urteil ein Meilenstein. Es sorgt dafür, dass der rbb nun mit klaren Regeln und echter Verantwortlichkeit wieder zu einem glaubwürdigen Sender gemacht werden könnte. Entscheidend sei nun, dass die Reformen nicht auf dem Papier stehen bleiben, sondern spürbar umgesetzt werden.

Wer im rbb Verantwortung trägt, müsse künftig auch tatsächlich haftbar gemacht werden können, sagt die CDU-Fraktion. Zudem müsse die

„Jetzt geht es darum, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen. Das Urteil bestärkt den eingeschlagenen Weg.“

CDU-Fraktion Berlin



rbb-Zentrale an der Masurenallee
Foto: IMAGO/McPHOTO

Verpflichtung zu mehr Regionalität deutlich sichtbar werden – in den Programmen, in der Berichterstattung und in der Präsenz des rbb in den Regionen Berlins und Brandenburgs.

Vertrauen zurückgewinnen

Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist der Weg nach Ansicht der CDU-Fraktion frei für einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der effizient, transparent und bürgernah arbeitet. „Jetzt geht es darum, das Vertrauen der Menschen zurückzu gewinnen. Das Urteil bestärkt den eingeschlagenen Weg“, heißt es aus der Fraktion.

Damit dürften die Vorstellungen der CDU-Fraktion auch ganz im Sinne der Zuschauerinnen und Zuschauer des Senders sein.